

02.10.2016

Inhalt:

Konstituierende Sitzung des Papenburger Rats	S. 01	Kritik am Bürgermeister	S. 03
Personennahverkehr nicht kaputt sparen	S. 02	Wohnungsbau	S. 03
Begrüßungsschild bei Splittingschule	S. 02	Tierheim in Papenburg	S. 04

Dezember 2006

Stadtpolitik lässt Gerangel hinter sich

Alle Personalien entschieden – Sacharbeit beginnt

hh PAPENBURG. Die Papenburger Politik beginnt mit der Sacharbeit zum Wohle der Bürger. In der zweiten „konstituierenden“ Sitzung innerhalb von vier Wochen blieb das Gerangel der jüngsten Vergangenheit außen vor, und alle Personalien wurden entschieden. Zudem ernannte der Rat Gerd Hanekamp, Gerd Geiger (beide CDU), Anton Schipmann (SPD) und Gerd Harpel (FDP) auf Grund ihres langjährigen politischen Engagements einstimmig zu Ehrenratsherren.

Die Sitzung, an der bis auf Dr. Volker Eissing alle Ratsmitglieder teilnahmen, ging in einer guten Stunde zügig über die Bühne. Das galt auch für die durch die Umbildung des Verwaltungsausschusses erneut erforderliche Wahl der

Stellvertreter des Bürgermeisters Jan Peter Bechtluft. Dabei erhielten die beiden Bewerber, Petra Engeln (FDP) und Dr. Burkhard Remmers (CDU), in geheimer Abstimmung mehr Stimmen, als das CDU-FDP-Bündnis im Rat an Sitzen (25) hat. Petra Engeln wurde als erste Stellvertreterin mit 26 Ja-Stimmen gewählt. Für sie votierten neben der CDU auch die Grünen, wie deren Fraktionsvorsitzende Daniela Herden anschließend erklärte. Dr. Burkhard Remmers vereinte sogar noch zwei Stimmen mehr auf sich. Seine Kandidatur befürworteten 28 Ratsmitglieder und damit mindestens drei, die nicht zum neuen CDU-FDP-Bündnis zählen.

Zuvor hatten die Fraktionen bereits die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses (VA) festgelegt. Ihm gehören nun an: Carsten Schüler, Dr. Burkhard Remmers, Sascha Kleinhaus, Heiner Hanneken (CDU), Hartmut Bugiel und Wilhelm Kröger (SPD), Petra Engeln und Hans-Michael Goldmann (FDP), Nikolaus Schütte zur Wick (Grüne) und Hermann-Josef Abeln (CDU 2).

Politisch diskutiert wurde erstmals in der neuen Wahlperiode über die Bildung und Besetzung der Fachausschüsse (siehe Text unten). Dabei setzte sich der CDU-

Vorschlag durch, für Kindertagesstätten/Jugend/Schule ein Gremium zu schaffen sowie Bau- und Umweltthemen in einem Ausschuss zusammenzufassen. Die Bedenken der Grünen, durch dieses Zusammenlegen bliebe für Umweltfragen kein Platz mehr, teilte die FDP-Fraktion zwar, stimmte aber dennoch dem CDU-Ansinnen zu. Fraktionschef Hans-Michael Goldmann: „Wir hätten das auch gerne gesehen, aber in unserem Bündnis mit der CDU konnten wir nicht alles bekommen. Als verlässlicher Partner haben wir diesen Vorschlag geschluckt.“

WÖRTLICH

„Der Hauptverantwortliche für die Unruhe beim letzten Mal ist nicht anwesend. Vielleicht wird es heute ganz ruhig zugehen.“

Ratsvorsitzender Hermann Nehe zu Sitzungsbeginn als Hinweis, dass Ratsherr Dr. Volker Eissing fehlte

„Herr Eissing, Frau Herden, Herr Goldmann – Sie haben das Wort.“

Hermann Nehe, der eigentlich CDU-Fraktionschef Carsten Schüler das Wort erteilen wollte

„Das kannst du nur beim Weihnachtsmarkt gut machen, wenn du einen aus gibst. Eine einfache Entschuldigung reicht da nicht.“

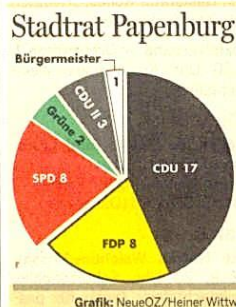
Carsten Schüler auf die falsche Anrede durch den Ratsvorsitzenden

„Die Unterbrechung beim letzten Mal hat in einer Hinsicht gut getan. Wir konnten uns mit der SPD einigen. Sonst hätten wir, was wirklich albern gewesen wäre, lösen müssen.“

FDP-Fraktionschef Hans-Michael Goldmann zu der einvernehmliche Verteilung der Ausschussvorsitze

„Das Gerangel hinter den Kulissen ist zu einem friedlichen Ende gekommen.“

Ratsvorsitzender Nehe hoffnungsvoll, nachdem alle Personalentscheidungen getroffen waren



Anerkennung: Für langjährige Arbeit im Stadtrat wurden (von links) Gerd Harpel, Gerd Geiger und Gerd Hanekamp zu Ehrenratsherren ernannt. Auf dem Bild mit Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (Zweiter von links) fehlt Anton Schipmann, der krankheitsbedingt die Urkunde nicht entgegennehmen konnte. Foto: Holger Hartwig

Die Vorsitzenden der neun Ausschüsse für die Sacharbeit

Die Vorsitzenden der zukünftig neun städtischen Ausschüsse im Überblick: Bau/Umwelt (Sascha Kleinhaus, CDU, Stellvertreter Pascal Albers, CDU), KITA/Jugend/Schule (Annette Pöttker, CDU; Stellvertreter Pascal Albers, CDU), Wirtschaft/ Touris-	mus (Hermann-Josef Averdung, FDP; Stellvertreter Thomas Witolla, SPD), Grundstücksausschuss (Wilhelm Kröger, SPD; Stellvertreter Nikolaus Nordmann, FDP), Sport (Hermann Wessels, CDU; Stellvertreter Heiner Butke, CDU), Kultur (Lukas Kampeling,	CDU; Stellvertreter Carsten Schüler, CDU), Feuerwehr (Frank Haneburger, FDP; Stellvertreter Heinz-Werner Gourteney, FDP), Soziales (Peter Raske, SPD; Stellvertreter Hartmut Bugiel, SPD), Marktausschuss (Heiner Hanneken, CDU; Stellvertreter Cars-	ten Schüler, CDU). In allen Ausschüssen sind alle Ratsfraktionen mit mindestens einem Mitglied vertreten. Im KITA/Jugend/Schule-Ausschuss verzichtete die FDP auf einen Sitz, damit die Grünen auch in diesen Ausschuss einziehen konnten.
---	--	---	--

Ems-Zeitung 08.12.2006

Personen-Nahverkehr nicht kaputt sparen

Die SPD im Emsland befürchtete weitere Verschlechterungen im öffentlichen Personen-Nahverkehr. „Wir fordern die Landesregierung auf, speziell beim Schienenverkehr nicht länger den Rotstift anzusetzen“; erklärte SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe. Niedersachsen wäre im nächsten Jahr ohnehin von Kürzungen der Bundeszuschüsse betroffen. Diese sogenannten Regionalisierungsmittel würden in 2007 um 48 Millionen Euro gekürzt.

„Stattdessen griff die Landesregierung erneut in diesen ohnehin schon geschrumpften Topf und zweckentfremdete daraus Gelder für den allgemeinen Schülerverkehr, eine Pflichtaufgabe des Landes“, so die SPD-Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Allein im abgelaufenen Jahr entgingen dem SPNV dadurch 88 Millionen Euro. „Somit haben Pendler und andere Bahnfahrer teilweise in erheblichem Maße unter einer Ausdünnung der Takte zu leiden. Wir fordern den Verkehrsminister auf, von dieser Praxis endlich Abstand zu nehmen und die Regionalisierungsmittel in vollem Umfang dem SPNV zur Verfügung zu stellen.“ Schließlich hatten die Verkehrsminister der Länder im März 2006 selbst beschlossen,

dass die Regionalisierungsmittel durch die Länder zweckbezogen und gesetzeskonform verwendet würden.

Peter Raske, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender aus Papenburg beklagte, das Emsland sei gekennzeichnet durch ein Nord-Süd-Gefälle beim ÖPNV. Während es in Lingen einen funktionierenden Verkehrsknotenpunkt mit Taktverkehr in verschiedene Richtungen gäbe, in der Mitte der Linienverkehr auf Meppen zugeschnitten sei, gäbe es im Norden um Papenburg kaum einen Linienverkehr außerhalb des Schülerverkehrs.

Er bekräftigte die Forderung nach einem Grundnetz für den emsländischen Öffentlichen Personennahverkehr. Dies sollte im 2 Stunden-Takt über Verkehrsknotenpunkte (Taktknotenpunkte) miteinander verbunden werden. Außerdem sollte es mit anderen Kreisnetzen verknüpft werden. Gleichzeitig wurde die Forderung nach Einführung von Disco-Bussen im ganzen Emsland auf Strecken, die sich lohnen, erneuert.

Januar 2007

Abbau des Begrüßungsschildes bei der Splittingschule begrüßt

Die SPD-Fraktion begrüßte, dass die Stadtverwaltung das Begrüßungsschild für Papenburg an der Splitting-Schule abgebaut hatte. Nachdem sich Bürger am Splitting darüber beschwerten, dass sie sich nicht mehr zu Papenburg dazugehörig fühlten, wenn das Begrüßungsschild für Papenburg kilometerweit von der Grenze zu Surwold bei St. Marien angebracht würde, reagierte die Stadtverwaltung endlich einmal richtig auf Bürgerprotest.

Gleichzeitig fragte die SPD-Fraktion aber, ob jetzt das Schild seinen endgültigen Platz auf dem Bauhof gefunden hätte. Angesichts der Kosten, die dieses Schild verursacht hatte, könnte man nur von einem Schildbürgerstreich sprechen, wenn das

Schild jetzt auf dem Bauhof bliebe. Wenn die Stadt nun einmal das Schild hatte, sollte es vielleicht direkt hinter der Emsbrücke bei der Meyer-Werft aufgebaut werden.

Statt eines solchen großen Begrüßungsschildes am falschen Platz hätte den Anwohnern am Splitting eine bessere Beschilderung der Straßen „Splitting rechts“ und „Splitting links“ mit Hinweisen auf die Hausnummern bei den Kreuzungen oder Übergängen mehr genutzt. Auswärtige Besucher, die eine bestimmte Hausnummer suchten waren oft verzweifelt, weil sie keine Hinweise fanden, ob sie sich auf der Straße „Splitting rechts“ oder „Splitting links“ befanden. Ganz zu schweigen in welchem Hausnummernbereich sie suchen mussten.

Heftige Kritik am Bürgermeister

POLITIK Papenburger SPD vermisst Stadtoberhaupt im Rathaus

Nach Ansicht der Sozialdemokraten sollte sich Jan Peter Bechtluft künftig mehr um die Verwaltung kümmern. Der weist den Vorwurf zurück.

PAPENBURG / CIS - Nach Ansicht der Papenburger SPD zeigt sich Papenburgs Bürgermeister Jan Peter Bechtluft zu häufig in der Öffentlichkeit und zu wenig im Rathaus. Statt bei repräsentativen Verpflichtungen auf die Entlastung durch die Stellvertreter zu setzen, vermittele das Stadtoberhaupt den Eindruck, seine wesentliche Aufgabe bestehe darin, sich selbst möglichst publikumswirksam in Szene zu setzen.

Bechtluft sollte besser wichtige Aufgaben im Verwaltungsbereich anpacken, meinen die Sozialdemokraten.

Peter Raske, Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion, spricht sogar von einem Chaos bezüglich der Terminplanung. Seines Wissens sei bisher nur be-

kannt, wann der Verwaltungsausschuss tage und das auch nur bis März. Die Termine für die Fachausschüsse stünden noch gar nicht fest. Unvollständig sei auch der interne Internet-Auftritt der Stadt. Die Informationen für die Ratsmitglieder seien mehr als dürftig. „Das könnte besser sein“, urteilt Raske.

Jan Peter Bechtluft weist die Kritik von sich. Es sei falsch anzunehmen, er würde alle öffentlichen Termine selbst wahrnehmen.

Seine Stellvertreter Petra Engeln und Dr. Burkhard Remmers seien stark eingebunden. Und auch hinsichtlich der Terminplanung

„Das könnte besser sein“

PETER RASKE

für die Ausschüsse könne er die SPD beruhigen. Sie ginge noch in dieser Woche heraus, spätestens zum Wochenende. Das Vorgehen der Sozialdemokraten wertet Jan Peter Bechtluft als bedauerlich und verbesserungswürdig. Die von der SPD geäußerten Vorwürfe seien noch in keinem persönlichen Gespräch an ihn herangetragen worden.

General Anzeiger 10.01.2007

SPD: Wohnungsbau dringend notwendig

Durch ein Wohnungsbauprogramm sollte nach den Vorstellungen der SPD der Landkreis die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern. Nach Analyse der Zwischenbilanz von 2 Jahren optierende Kommune Emsland sah die SPD einen Mangel von kleinen Wohnungen, die den Richtlinien des SGB II entsprachen.

Erhebungen der Landestreuhandstelle (LTS) belegten ebenfalls, dass die niedersächsischen Wohnungsmärkte in den nächsten Jahren vor einem tiefgreifenden Wandel ständen. Sinkende Bevölkerungszahlen und ein steigender Altersdurchschnitt kennzeichneten die niedersächsischen Wohnungsmärkte in den Kommunen. Bis 2020 würden drei Viertel aller Städte und Landkreise Einwohner verlieren. Gleichzeitig würde der Bedarf an Eigenheimen um ein Viertel einbrechen. Dagegen würde die Nachfrage nach altengerechten Wohnungen und Wohnformen um 37 Prozent steigen.

„Es werden also künftig in erster Linie nicht mehr, sondern vor allem andere Wohnungen nachgefragt“, so der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske. Nach seiner Darstellung fehlten im Emsland vor allem kleine Wohnungen für untere Einkommensbezieher und Bürger, die SGB-II-Leistungen erhielten. Der Landkreis hätte hier eine Verpflichtung insbesondere gegenüber einkommensschwachen Familien, Alleinerziehenden und älteren Menschen, erklärte Peter Raske. Die SPD im Emsland wollte durch ein Kreiswohnungsbauprogramm erreichen, dass so schnell wie möglich neue Wohnungen gebaut würden.

Nach den Vorstellungen von Peter Raske könnte die Baugesellschaft Aschendorf-Hümmling, an der der Landkreis Emsland beteiligt ist, ein erweitertes Aufgabenfeld übernehmen, um in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen im Landkreis baldmöglichst mit dem Bau von Wohnungen zu beginnen

SPD fordert Wohnungsbau

Landkreis in der Verantwortung

PAPENBURG. Durch ein Wohnungsbauprogramm soll nach den Vorstellungen der SPD der Landkreis Emsland die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern. Es bestehe ein Mangel an kleinen Wohnungen, die den Richtlinien des Sozialgesetzbuchs entsprechen.

Erhebungen der Landes-treuhandstelle (LTS) belegten, dass die niedersächsischen Wohnungsmärkte in den nächsten Jahren vor einem tief greifenden Wandel stehen, erklärt der SPD-Kreisvorstand. Sinkende Bevölkerungszahlen und ein steigender Altersdurchschnitt kennzeichnen die niedersächsischen Wohnungsmärkte. Bis 2020 werden drei Viertel aller Städte und Landkreise Einwohner verlieren. Gleichzeitig wird der Bedarf an Eigenheimen um ein Viertel einbrechen. Dagegen wird die Nachfrage nach

altengerechten Wohnungen und Wohnformen um 37 Prozent steigen.

„Es werden also künftig in erster Linie nicht mehr, sondern vor allem andere Wohnungen nachgefragt“, so der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske aus Papenburg. Der Landkreis habe eine Verpflichtung insbesondere gegenüber einkommensschwachen Familien, Alleinerziehenden und älteren Menschen. Die SPD fordert deshalb ein Kreiswohnungsbauprogramm, damit so schnell wie möglich neue Wohnungen gebaut werden.

Nach den Vorstellungen von Raske könnte die Baugenossenschaft Aschendorf-Hümmling, an der der Landkreis Emsland beteiligt ist, in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen im Kreisgebiet ein solches Bauprogramm durchführen.

Ems-Zeitung 12.01.2007

Tierheim in Papenburg

Eine Stadt in der Größe von Papenburg müsste ein eigenes Tierheim vorhalten. Die SPD-Fraktion in Papenburg kritisierte den Umgang mit Fundtieren. Echtes Christliches Engagement dürfte bei den Menschen nicht Halt machen, sondern schließt den Schutz der Tiere und der Natur mit ein.

In Stapelmoor wurde mit einer Beschäftigungsinitiative ein Hundehaus gebaut. Arbeitslose fanden damit eine sinnvolle Beschäftigung und der Verein bekam kostengünstig ein Haus für Fundhunde. Dies war vom Grundsatz her ein sinnvolles Projekt. Aber, warum war im Landkreis Leer der Bau dieses Hauses mit einer Beschäftigungsinitiative möglich, nicht aber

Eigenes Tierheim bessere Lösung?

SPD-Fraktion fordert Umdenken

PAPENBURG. Die Stadt Papenburg müsse noch einmal überprüfen, ob sie ein eigenes Tierheim einrichten soll, fordert die SPD-Fraktion in einer öffentlichen Stellungnahme. Auf ihrer letzten Fraktionssitzung kritisierte die SPD die Vorgehensweise der Stadt beim Umgang mit Fundtieren: „Eine Stadt dieser Größe muss ein eigenes Tierheim unterhalten.“ Echtes christliches Engagement müsse Tier- und Naturschutz mit einschließen.

Mit ihrer Kritik bezieht sich die SPD auf den Bau eines Hundehauses in Stapelmoor (wir berichteten), den die Stadt mit 60 000 Euro unterstützt. Grundsätzlich sei dies ein sinnvolles Projekt, so Ratscherr Peter Raske. Durch eine Beschäftigungsinitiative ermögliche es Arbeitslosen eine sinnvolle Tätigkeit und

sichere dem Tierschutzverein ein günstiges Haus. Der Ratscherr frage sich allerdings, warum die Realisierung des Baus im Landkreis Leer möglich ist, nicht aber in Papenburg. Statt den Zuschuss von 60 000 Euro für das Haus in Stapelmoor und jährliche Zuschüsse für den Verein bereitzustellen, hätte die Stadt nach Auffassung der SPD-Fraktion auch in Papenburg ein Gebäude für die Unterbringung von Fundtieren bauen können.

Die Entscheidung gegen ein eigenes Tierheim solle deshalb noch einmal überdacht werden. Hier zeichne sich für die Zukunft auch ein ideales Betätigungsfeld für Langzeitarbeitslose ab, so wie derzeit von der Bundesregierung als Modellprojekt für 100 000 Arbeitsplätze angedacht.

Ems-Zeitung 19.01.2007